

# AKTIVISTIN



FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE

NETZWERK FRAUENRECHTE

AMNESTY-INFO / DEZEMBER 2014



EL SALVADOR  
AM RANDE DES  
TODES

SEITE 4

**7** ÄGYPTEN

SEXUELLE GEWALT UND  
BELÄSTIGUNG ENDLICH  
WIRKSAM BEKÄMPFEN

**8** SÜDAFRIKA

HUNDERTE SCHWANGERE  
STERBEN EINEN  
VERMEIDBAREN TOD

**16** 25 JAHRE

AMNESTY-NETZWERK  
FRAUENRECHTE: VIEL GETAN  
UND NOCH VIEL ZU TUN





## WEB

<http://frauenrechte.amnesty.at>

## E-MAIL

[frauenrechte@amnesty.at](mailto:frauenrechte@amnesty.at)

## FACEBOOK

[amnestynetzwerkfrauenrechte](#)

## TWITTER

[AIFrauenrechte](#)

## SPENDENKONTO

BIC: GIBAATWWXXX

IBAN: AT142011100000316326

lautend auf

AMNESTY INTERNATIONAL  
ÖSTERREICH

Verwendungszweck  
NETZWERK FRAUENRECHTE

## Liebe Leser\_innen und Unterstützer\_innen!

Vor 25 Jahren wurde das Netzwerk Frauenrechte in Österreich gegründet. In dieser AKTIVISTIN finden Sie eine Beilage, in der wir auf die Entwicklungen und Erfolge der letzten 25 Jahre zurückblicken. Gefeierte wurde unser Jubiläum im Rahmen der am 25.11.2014 stattfindenden Veranstaltung „Menschenrechte zwischen Stalinismus, Gulag und Russland heute“, wo auch zwei vom Netzwerk produzierte Kurzfilme gezeigt wurden. Unsere Gastrednerin war Frau Prof. Dr. Irina Sherbakova, die bei der Menschenrechtsorganisation MEMORIAL in Moskau arbeitet.

Wenn Sie bei der Veranstaltung nicht dabei sein konnten, besuchen Sie bitte unsere Website <http://frauenrechte.amnesty.at>. Dort finden Sie unter „Hands of Hope“ Informationen zu den Kurzfilmen und zu unserer Online-Kampagne.

Unsere Arbeit ist nur durch Ihre Hilfe möglich. Dafür und für Ihre Treue bedanken wir uns herzlich!

Trotz der Erfolge der letzten Jahre gibt es noch viel zu tun. Das Thema der schlechten Arbeitsbedingungen von Migrantinnen wird in der Aktivistin an den Beispielen Katar und Süd-Korea beleuchtet.

Leider beobachten wir, dass es beim Thema Schwangerschaftsabbruch wieder

zu Verschärfungen und Verboten kommt. In der Dominikanischen Republik soll Schwangerschaftsabbruch kriminalisiert werden. Derzeit kämpfen wir besonders für die Aufhebung des absoluten Verbots in El Salvador. Selbst im Falle von Vergewaltigung, Inzest oder Gefahr für das Leben der Mutter ist es nicht erlaubt, eine Schwangerschaft zu beenden.

In dieser Ausgabe finden Sie auch Berichte zu unserem Schwerpunktland Iran, wo es ein ständiger Kampf ist, bereits erworbene Frauenrechte nicht zu verlieren und neuen Formen der Gewalt gegen Frauen entgegenzutreten. So werden die in den letzten Jahren bereits vorhandenen Rechte von Studentinnen stückweise wieder beschnitten. In den letzten Wochen kam es zu Säureattacken gegen Frauen. Besonders betroffen waren wir von der Hinrichtung von Reyhaneh Jabbari, für deren Neuaufrollung des Strafverfahrens und Freilassung wir uns einsetzen.

Um auch weiterhin Verbesserungen im Leben der Frauen weltweit zu erreichen, ersuchen wir Sie wie immer, die Briefe, die Sie in dieser AKTIVISTIN finden, zu verschicken.

*Ihr Amnesty-Netzwerk Frauenrechte*



### MACHEN SIE MIT BEI UNSERER ONLINE-KAMPAGNE „HANDS OF HOPE!“

Im Rahmen unserer Online-Kampagne „Hands of Hope“ können Selfies – Selbstporträts und Bilder von Freund\_innen – mit Wünschen und Solidaritätsbotschaften für Frauen und Mädchen, mit Forderungen an Politiker\_innen an Twitter (AIFrauenrechte) oder Facebook (ai-netzwerk frauenrechte) gesendet werden. Einfach den Wunsch auf die Hand oder auf ein Stück Papier schreiben, ein Selfie machen und tweeten oder posten. Die Online-Aktion findet vom 25.11 bis 10.12 während der 16 Tage gegen Gewalt an Frauen statt. Das Video zu #HandsofHope können Sie auf unserem neuen YouTube Kanal (AI Frauenrechte) ansehen.

**Machen Sie einfach ein Selfie und unterstützen Sie unsere Aktion!**



## TUNESIEN

## PETITIONSÜBERGABE AN POLITIKER\_INNEN

**200.000 Menschen fordern: Die tunesischen Behörden müssen endlich frauendiskriminierender Gesetze abschaffen.**

Im Rahmen der Kampagne „My Body, My Rights“ überreichte Amnesty International am 18. November 2014 der tunesischen Regierung eine Petition: Fast 200.000 Menschen aus der ganzen Welt fordern die Abschaffung frauendiskriminierender Gesetze und besseren Schutz für Frauen und Mädchen.

Strafgesetze abschaffen, die Opfer von sexueller Gewalt diskriminieren, und bessere Maßnahmen zum Schutz der Betroffenen ergreifen: So lauten die zentralen Forderungen einer Petition, die Amnesty International mit der weltweiten Kampagne „My Body, My Rights“ im Frühjahr an die Regierungen der Maghreb-Länder Algerien, Marokko und Tunesien lancierte.

In Tunesien wurde diese Petition am 18. November an die Staatssekretärin für Frauen- und Familienfragen und an Vertreter des Justizministeriums übergeben.

**UMFASSENDE GESETZGEBUNG GEFORDERT.** Die Übergabe erfolgte im Rahmen einer von Amnesty International organisierten ganztägigen Konferenz gegen sexuelle Gewalt an Frauen und Mädchen.

Der Zeitpunkt war bewusst gewählt: Demnächst nämlich soll in Tunesien der Entwurf für ein Gesetz gegen Gewalt an Frauen erarbeitet und den Behörden und der Zivilgesellschaft



zur Vernehmlassung vorgelegt werden.

„Die Petition sendet ein starkes Signal an die tunesischen Behörden, dass sie endlich die definitive Abschaffung frauendiskriminierender Gesetze an die Hand nehmen müssen“, betonte Hassiba Hadj Sahraoui, Expertin für Nachost und Nordafrika von Amnesty International. Marokko hat im Frühjahr 2014 ein Gesetz abgeschafft, das Vergewaltigern Straffreiheit zusicherte, wenn sie ihr Opfer heiraten. „Diesem Beispiel soll Tunesien folgen“, fordert Hadj Sahraoui. „Doch auch das bleibt ein Tropfen auf dem heißen Stein, wenn nicht umfassendere Gesetze zum Schutz von Frauen und Mädchen vor sexueller Gewalt damit verbunden werden.“

**Petitionsübergabe in Tunis am 18. 11. 2014, vlnr: Lotfi Azzouz, Direktor Amnesty Tunesien; Neila Chaabane, Frauen- und Familienministerin; Jessie MacNeil Brown, Kampagnenleiterin MBBR, Mohamed Salah Ben Ammar, Gesundheitsminister.**

*Alle Fotos, wenn nicht gekennzeichnet: Amnesty International*

## AFGHANISTAN: VERGEWALTIGTE ZEHNJÄHRIGE VON „EHRENMORD“ BEDROHT

Die zehnjährige Brishna aus der Provinz Kunduz in Afghanistan wurde im Mai 2014 von einem Mullah vergewaltigt. Darauf drohte ihr der „Ehrenmord“ durch Angehörige ihrer Familie und ihrer Gemeinde. Die Frauenrechtsaktivistin, die sich für Brishna einsetzt, erhielt Morddrohungen.

Am 25. Oktober wurde der Mullah, der Brishna vergewaltigt hatte, wegen Vergewaltigung einer Minderjährigen zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Verurteilung erfolgte gemäß Paragraph 17 (Absatz 2 und 3) des afghanischen Gesetzes zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen. Er erhielt die Höchststrafe.

Der Frauenrechtsorganisation Women for Afghan Women zufolge befindet sich Brishna bei ihrer Familie und es geht ihr gut. Die Organisation hatte sich von Anfang an des Falles an-

genommen. Women for Afghan Women sowie andere afghanische Organisationen und die Behörden stehen in engem Kontakt mit Brishna. Der Vater des Mädchens sowie weitere männliche Verwandte haben schriftliche Garantien abgegeben, dass sie ihr nichts antun werden, und ihnen drohen bei Zuwiderhandlung strafrechtliche Sanktionen.

Vergewaltigungsoffern droht in Afghanistan der sogenannte „Ehrenmord“, da man ihnen vorwirft, sie hätten „Schande“ über die Familie und die Gemeinschaft gebracht. Sie werden somit eher als Verantwortliche denn als Opfer betrachtet. Die Familie von Brishna hat das Mädchen wegen der empfundenen „Schande“ aus der Schule genommen.

*Mehr Information und Appellbriefe für Brishna auf <http://frauenrechte.amnesty.at/>*

## EL SALVADOR

## AM RANDE DES TODES

**Das absolute Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen in El Salvador führt zum Tod hunderter Frauen und Mädchen. Sie müssen sich heimlichen, unsicheren Abbrüchen unterziehen oder sind gezwungen, gesundheitsgefährdende Schwangerschaften auszutragen.**

María Teresa Rivera (Pseudonym) wusste nichts von ihrer Schwangerschaft, bis sie am Arbeitsplatz zusammenbrach. Sie wurde blutend in der Toilette gefunden und sofort ins Krankenhaus gebracht. Nachdem ein Spitalangestellter die Polizei alarmiert hatte, wurde sie von Polizisten verhört, ohne dass sie einen Anwalt hinzuziehen konnte. Im Juli 2012 wurde sie angeklagt und wegen schweren Mordes verurteilt.

Jedes Jahr wird Tausenden von Frauen und Mädchen in El Salvador das Recht verweigert, eine Schwangerschaft zu beenden. Das schildert der am 25. September 2014 in El Salvador vorgestellte Bericht von Amnesty International „On the brink of death: Violence against women and the abortion ban in El Salvador“.

Sogar im Falle einer ektopischen Schwangerschaft – eine Schwangerschaft, bei der sich der nicht lebensfähige Fötus außerhalb der Gebärmutter, meist in einem Eileiter, entwickelt – dürfen die Ärzt\_innen erst dann handeln, wenn die betroffene Frau Blutungen hat und sich am Rande des Todes befindet. Ein Arzt der Entbindungsstation eines staatlichen Krankenhauses erklärte Amnesty International:

„Obwohl wir wissen, dass wir eingreifen müssen, dürfen wir es nicht, weil der Embryo noch lebt. Also müssen wir warten, bis die Patientin Blutungen hat, damit wir nicht gegen das Gesetz verstoßen. Einige Kolleg\_innen vermerken auf Ultraschallbildern: ‚Ektopische Schwangerschaft: Embryo lebt.‘ Darunter steht dann: ‚Vergiss nicht, es ist illegal.‘ Und die Patientin ist dann noch verwirrter. ‚Sehen Sie, ich weiß, was getan werden muss ... was soll ich nur tun?‘“ Frauen laufen sogar Gefahr, so wie María Teresa Rivera, nach einer Fehlgeburt wegen Mordes zu bis zu 50 Jahren Haft verurteilt zu werden, weil man ihnen einen heimlichen Schwangerschaftsabbruch unterstellt.



**Marlene wurde als 18-jährige wegen eines angeblichen Schwangerschaftsabbruchs angeklagt und verurteilt, obwohl sie eine Fehlgeburt hatte.**

Selbst dann, wenn es sich um ein zehnjähriges Mädchen handelt, das nach einer Vergewaltigung schwanger ist. Das absolute Verbot trifft sogar Frauen, deren Leben durch die Schwangerschaft gefährdet ist, und stellt sie vor eine unmögliche Wahl: Eine lange Gefängnisstrafe zu riskieren, wenn sie die Schwangerschaft abbrechen, oder ihr eigenes Todesurteil zu unterzeichnen, falls sie dies nicht tun.

**KRIMINALISIERUNG VON FEHLGEBURTEN.** Cristina erzählte Amnesty International, dass sie 18 Jahre alt war, als man sie im Oktober 2004 festnahm. Während ihrer Schwangerschaft waren plötzlich brennende Schmerzen aufgetreten. Sie rannte ins Badezimmer, verlor das Bewusstsein und wurde dort später blutüberströmt von ihrer Familie gefunden. Man brachte sie schnellstmöglich ins Krankenhaus, wo man sie nicht einmal ansatzweise als Notfallpatientin behandelte. Stattdessen wurde sie beschuldigt, eine Straftäterin zu sein, und man fragte sie: „Warum hast du dein Kind getötet?“ Das Krankenhauspersonal zeigte Cristina wegen des Verdachts auf Herbeiführen eines Schwangerschaftsabbruchs bei der Polizei an. Man führte unter Vollnarkose eine Gebärmutterausschabung durch, um mögliche Gewebereste zu entfernen. Polizeibeamt\_innen kamen ins Kran-



kenhaus und verhörten sie, noch bevor sie wieder bei vollem Bewusstsein war. „Wenn man nach einer Narkose aufwacht, ist einem total schwindelig. Ich konnte nicht richtig sehen, alles war verschwommen. Was ich sehen konnte, war etwas Leuchtendes, aber ich sagte mir, dass Ärzte kein blau tragen. Und dann sah ich, dass es sein Abzeichen war, das so leuchtete. Das war der Zeitpunkt, als er mir sagte: ‚Du bist wegen des Mordes an deinem Kind verhaftet.‘“

Frauen, die nach Ableisten eines Teils ihrer Strafe aus der Haft entlassen werden, erzählten Amnesty International von dem Gefühl tiefer Traurigkeit über die verlorenen Jahre, die sie nicht mit ihren Familien und ihren Lieben verbringen konnten und davon, wie ihre Zeit in Haft sich auf ihre Kinder ausgewirkt hat.

Rosemary verbüßte mehr als sieben Jahre einer 30-jährigen Haftstrafe wegen Mordes, bevor das Urteil nach erneuter Überprüfung aufgehoben wurde. 2009 wurde sie aus der Haft entlassen. Sie erzählte Amnesty International von den Folgen der siebenjährigen Trennung von ihren drei kleinen Kindern:

„Meine älteste Tochter war sieben Jahre alt. Meine jüngste vier. Und mein kleiner Junge war erst ein Jahr und drei Monate alt. Er war noch immer ein Baby. Es war schwer, wenn mein kleiner Junge mich besucht hat. Er hielt sich immer an meiner Bluse fest und zerriss einige, weil er sich an mir festklammerte und nicht von mir weg wollte. Es war schwer für mich, mich wegzudrehen, nicht in sein Gesicht zu sehen und ihn meiner Mutter zu übergeben.“

**SELBSTMORDE SCHWANGERER MÄDCHEN.** Das strikte Verbot von Schwangerschaftsabbruch ist auch ein Zeichen für die tiefsitzende Diskriminierung von Frauen in El Salvador, wo es ein erschreckend hohes Ausmaß an Gewalt gegen Frauen, an Morden und Vergewaltigungen gibt. Dazu kommt, dass El Salvador aufgrund des fehlen-

den Zugangs zu sexueller Aufklärung und Verhütungsmitteln die höchste Quote an Teenagerschwangerschaften in Lateinamerika hat. Mehr als die Hälfte der Todesfälle von schwangeren Jugendlichen sind auf Selbstmord zurückzuführen.

Ein Psychiater, der ein 13-jähriges Mädchen behandelte, das infolge einer Vergewaltigung durch Bandenmitglieder ein Kind erwartete und daraufhin selbstmordgefährdet war, erzählte Amnesty International:

„Von vielen dieser Mädchen erfahren wir nicht deshalb, weil sie ins Krankenhaus kommen, sondern über das Institut für Rechtsmedizin. Ihr könnt euch also vorstellen, wo sie geendet

## LÄNDER DRÄNGEN AUF ÄNDERUNG DER REPRESSIVEN GESETZE

Vertreter\_innen von neun Ländern übten in einer Versammlung der Vereinten Nationen Ende Oktober Druck auf El Salvador aus, seine repressiven und veralteten Gesetze zum Schwangerschaftsabbruch zu korrigieren. Die Auswirkungen dieser Gesetze kommen institutionalisierter Gewalt, Folter und anderen Formen der Misshandlung von Frauen und Mädchen gleich, sagte Amnesty International.

Repräsentant\_innen weiterer 12 Länder gaben ihrer Besorgnis Ausdruck über die fortgesetzte Diskriminierung von Frauen. El Salvador wurde im Rahmen des UPR (Universal Periodic Review – universelle periodische Staatenüberprüfung) vom UN-Menschenrechtsrat aufgefordert, Gesetze zu reformieren, die Schwangerschaftsabbrüche unter allen Umständen verhindern und Frauen dafür ins Gefängnis bringen, die Fehlgeburten erlitten oder heimliche Abbrüche vorgenommen hatten.

„Wir haben die verheerenden Auswirkungen dieser Gesetze auf Frauen und Mädchen in El Salvador mit eigenen Augen gesehen, von Frauen, die während heimlicher Abbrüche gestorben sind, bis zu anderen, die

nach einer Fehlgeburt für mehr als 40 Jahre Haft verurteilt wurden. Jetzt haben sich Vertreter\_innen verschiedener Länder uns angeschlossen zu sagen: Genug ist genug,“ sagte Erika Guevara Rosas, Direktorin der Amerika-Abteilung bei Amnesty International.

Zu den Ländern, die Änderungen einfordern, gehört Spanien, das Anfang des Jahres seine eigene Gesetzesvorlage zurückzog, die den Zugang zu Schwangerschaftsabbruch im Land eingeschränkt hätte. Spanien sagte El Salvador, dass „Frauen und Mädchen Zugang zu sexueller und reproduktiver Bildung“ haben müssen und dass „alle Frauen, die wegen eines Abbruchs im Gefängnis sind, freigelassen werden [müssen], [genauso wie diejenigen], die wegen einer Fehlgeburt [inhaftiert sind], und ihre Vorstrafen müssen getilgt werden.“

Auch Australien, die tschechische Republik, Deutschland, Island, Luxemburg, Slovenien, Schweden und das Vereinigte Königreich forderten das zentralamerikanische Land auf, seine Gesetze zu Schwangerschaftsabbruch zu reformieren.

## EL SALVADOR: AM RANDE DES TODES

Den vollständigen englischen Bericht „On the brink of death: Violence against women and the abortion ban in El Salvador“ finden Sie auf <http://amnesty.org/en/library>

sind – sie sind im Leichenschauhaus, sie haben sich umgebracht.“

Das absolute Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen in El Salvador führt so zum Tod hunderter Frauen und Mädchen. Sie müssen sich heimlichen und unsicheren Abbrüchen unterziehen oder sind gezwungen, gesundheitsgefährdende Schwangerschaften auszutragen. Ein Arzt beschrieb Amnesty International den Fall eines neunjährigen Mädchens, das in Folge einer Vergewaltigung schwanger geworden war und das Kind austragen musste:

„Wir hatten ein neunjähriges Mädchen hier.

### Wandgemälde im Frauenzentrum in Suchitoto



### FORDERN SIE JETZT

**gemeinsam mit uns ein Ende der Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in El Salvador. Frauen und Mädchen müssen Zugang zu legalen und sicheren Schwangerschaftsabbrüchen haben, wenn die Schwangerschaft eine Gefahr für die geistige oder körperliche Gesundheit darstellt oder die Folge einer Vergewaltigung ist. Frauen, die wegen eines Schwangerschaftsabbruchs in Haft sind, müssen umgehend freigelassen werden.**

**Bitte unterschreiben Sie die Petition an den Präsidenten und lassen Sie auch Ihre Bekannten unterschreiben.**

Bitte bis 15. Dezember senden an Amnesty International Österreich,  
Netzwerk Frauenrechte, Moering gasse 10, 1150 Wien

Mit 10 bekam sie das Kind. Sie war seit dem Kleinkindalter missbraucht worden. Sie wurde schwanger und ... es war ein sehr schwieriger Fall. Wirklich schwierig ... Am Ende musste in der 32. Woche ein Kaiserschnitt durchgeführt werden ... Dieser Fall hat bei uns allen tiefe Spuren interlassen, vielleicht, weil sie nicht verstand, was mit ihr passierte ... Sie fragte uns nach Malstiften, Buntstiften. Und es brach uns allen das Herz, weil sie anfang uns zu malen, sie malte Bilder und heftete sie an die Wand. Und wir sagten uns: ‚Sie ist noch immer ein kleines Mädchen, nur ein kleines Mädchen.‘ Und letztendlich verstand sie nicht, dass sie ein Kind erwartete.“

### VERGEWALTIGUNGSOPIFER WEITERER GEWALT AUSGESETZT.

In El Salvador werden Mädchen und junge Frauen, wie auch überall sonst auf Welt, häufiger Opfer sexueller Gewalt als erwachsene Frauen. Ein angesehener Psychiater, der in El Salvador mit Mädchen im Teenageralter arbeitet, bezeichnet die Folgen, die das Verbot von Schwangerschaftsabbruch für Vergewaltigungsoffer hat, als Folter:

„Wir wissen bereits, welch verheerende Folgen es für eine Frau hat, wenn sie infolge einer Vergewaltigung schwanger geworden ist und das Kind austragen muss. Aber für eine Jugendliche? Für sie ist es noch verheerender: Es ist Folter. Eine Jugendliche zu zwingen, eine solche Schwangerschaft weiterzuführen, kommt Folter gleich, weil es bedeutet, dass man ein Mädchen all den Veränderungen aussetzt, die eine Schwangerschaft mit sich bringt, dass sie spürt, wie das Kind sich bewegt und daher immer wieder daran erinnert wird, was ihr angetan wurde ... Wir foltern sie.“

El Salvador ist eines von sieben Ländern in Lateinamerika, in denen Schwangerschaftsabbruch per Gesetz verboten ist. Die anderen sechs sind Chile, die Dominikanische Republik, Haiti, Honduras, Nicaragua und Surinam. In einzelnen dieser Länder, etwa Chile, ist allerdings bereits eine Überarbeitung der Gesetze im Gang. Veränderung ist also möglich und diese werden wir auch in El Salvador erreichen.

# ÄGYPTEN SEXUELLE BELÄSTIGUNG VON FRAUEN BEENDEN

**Ägyptens neuer Präsident Abdel Fattah al-Sisi versprach, die Gewalt gegen Frauen zu beenden. Bislang geschah wenig. Vielmehr schikanieren und verhaften die Behörden protestierende Frauen.**

Ägyptische Frauen sind massiv von Gewalt und Diskriminierung betroffen. In einer Studie von UN Women und dem Gesundheitsministerium gaben 99 Prozent der Frauen an, bereits Opfer von sexueller Belästigung gewesen zu sein, 47 Prozent von häuslicher Gewalt.



Diskriminierende Gesetze verlangen etwa von verheirateten Frauen, ihren Männern als Gegenleistung für den Lebensunterhalt zu gehorchen.

**NICHT ERNST GENOMMEN.** Polizei und Justiz nehmen Gewalt gegen Frauen nicht ernst. Eine Überlebende häuslicher Gewalt meinte zu Amnesty International: „Die Polizei kümmert sich nicht, die sehen es nicht als Problem an, wenn ein Ehemann seine Frau schlägt.“ In der Regierung, bei der Polizei und Justiz sind Frauen kaum vertreten. Im Juni 2014 beschloss der aus dem Amt scheidende Präsident eine neue gesetzliche Regelung zur Bekämpfung von sexueller Belästigung. Amnesty International befürchtet jedoch, dass sich die im Gesetz verwendete Definition von sexueller Belästigung auf jene Fälle beschränkt, die mit der Absicht „sexuelle Befriedigung vom Opfer zu erhalten“ begangen werden. Innerhalb weniger Tage setzten sich Männer über das Gesetz hinweg. Der Mob attackierte

am Tahrir Platz demonstrierende Frauen. Es kam zu sexuellen Übergriffen. Das änderte sich auch nicht, als Abdel Fattah al-Sisi neuer Präsident wurde. Solche Angriffe gibt es seit Jahren, und sie werden seit Jahren von der Polizei ignoriert. Präsident Abdel Fattah al-Sisi versprach, dass seine Regierung Gewalt gegen Frauen ausmerzen werde. Das Staatsfernsehen verkündete, dass mehr Polizei auf den Straßen präsent sein würde. Außerdem werde sichergestellt, dass sich öffentliche Spitäler um Überlebende sexueller Gewalt kümmern würden. Gewalt gegen Frauen sollte in Schulen thematisiert werden. Seit der Amtseinführung des Präsidenten hörte man aber nicht mehr viel von diesen Vorhaben. Stattdessen gingen die Behörden gegen ihre Kritiker\_innen vor, friedlich protestierende Frauen wurden festgenommen. Darunter waren auch Menschenrechtsaktivistinnen wie Sanaa Ahmed Sif oder die Verteidigerin Yara Salam. Der Anwalt Maheinour El-Massry wurde Ende September nach vier Monaten Gefängnis (wegen Besuch einer Demonstration) entlassen. Wir benötigen Ihre Unterstützung, damit der Präsident die Inhaftierten freilässt und Gewalt und Diskriminierung gegen Frauen beendet.

**WERDEN SIE AKTIV!**  
Bitte schicken Sie den Appellbrief an den ägyptischen Präsidenten bis Ende Dezember ab und verlangen Sie wirksame Maßnahmen gegen sexuelle Belästigung und Gewalt.



Amnesty International setzt sich seit Jahren für ein Ende sexueller Gewalt gegen Frauen ein. Im Bild eine Aktion bei der Internationalen Ratstagung 2013 in Berlin.



## SÜDAFRIKA HUNDERTE SCHWANGERE STERBEN EINEN VERMEIDBAREN TOD

**In einigen Provinzen ist der Zugang zu Gesundheitsleistungen während der Schwangerschaft und der Geburt für viele Frauen und Mädchen als Folge von Defiziten im Gesundheitssystem sowie auf Grund ihrer Armut sehr eingeschränkt.**

In manchen Gegenden Südafrikas ist die Müttersterblichkeit inakzeptabel hoch. Obwohl es seit 2011 wichtige Anstrengungen von Seiten der südafrikanischen Regierung gibt, hat sich die Zahl an Frauen und Mädchen, die während der Schwangerschaft oder kurz nach der Geburt ihres Kindes sterben, dramatisch erhöht. Wobei bei Frauen und Mädchen, die HIV-positiv sind, die Sterberate um das Fünffache höher ist, als bei Frauen und Mädchen, die mit HIV nicht infiziert sind.

Amnesty International veröffentlichte am 9. Oktober 2014 in Johannesburg den Bericht "Struggle for Maternal Health: Barriers to Antenatal Care in South Africa".

In Mkhondo, einem Verwaltungsbezirk in der Provinz Mpumalanga, leben Frauen und Mädchen mit einem hohen Gesundheitsrisiko. In diesem Gebiet ist die Müttersterblichkeit be-

weiten Teilen des Distrikts ist der Anteil an Migrant\_innen hoch, die Schulbildung der Bewohner\_innen gering, Arbeitslosigkeit und Armut groß. Die Anzahl an Beziehungen mit mehreren Partner\_innen und Beziehungen zwischen den Generationen (was die Gefahr einer HIV-Infektion von Mädchen stark erhöht) und Alkoholmissbrauch ist groß. Informationen über die Vermeidung einer HIV-Übertragung von der Mutter auf das Kind und über antiretrovirale HIV-Behandlung gibt es kaum.

**HÖCHSTE HIV-RATE.** Der Gesundheitsdistrikt Gerd Sibande (in dem Amsterdam und Mkhondo liegen) hat die höchste HIV Infektionsrate bei schwangeren Frauen (46,1 Prozent). Laut Zahlen einer nationalen Studie hat sich die Müttersterblichkeit in Gerd Sibande mehr als verdoppelt (von 76,4 Sterbefällen pro 100.000 Lebendgeburten im Jahr 2011/2012 auf 187,6 Sterbefälle im Jahr 2012/13). Im Gesundheitsdistrikt Gerd Sibande ist auch die Rate von Teenager-Schwangerschaften (Mädchen unter 18 Jahren) mit mehr als zehn Prozent der Geburten in den öffentlichen Gesundheitseinrichtungen die höchste in der Provinz Mpumalanga.

Die Ursachen für diese hohe Müttersterblichkeit sind komplex und multidimensional. Klar ist, dass eine früh beginnende und regelmäßige Betreuung von Schwangeren wichtig ist. Eine Reihe von Hindernissen, auch soziale und ökonomische Faktoren, sind maßgebend, dass Frauen und Mädchen nicht früh genug und regelmäßig Schwangerenbetreuungseinrichtungen aufsuchen. Richtlinien, die von den südafrikanischen Behörden erstellt wurden, empfehlen, dass Frauen ihren ersten Besuch in einer Schwangerenbetreuungseinrichtung vor der 14. Schwangerschaftswoche wahrnehmen sollten, damit ein HIV-Test gemacht und wenn notwendig eine adäquate Behandlung begonnen werden kann.

**Frauen und Mädchen im Bezirk Mpumalanga müssen weite Wege in Kauf nehmen, um zu Gesundheitszentren zu gelangen.**



sonders hoch. Im Gegensatz zum Trend in anderen Regionen Südafrikas hat die Müttersterblichkeit seit 2008 zugenommen.

Die Stadt Amsterdam in Mkhondo ist ein typisches Beispiel einer Kleinstadt in dieser Region. Amsterdam liegt im Osten des Landes, nahe der Grenze zu Swasiland. In den zwei Vororten KwaThandeka und France leben größtenteils Bauern und Bäuerinnen. So wie in

*Den vollständigen englischen Bericht „Struggle for Maternal Health: Barriers to Antenatal Care in South Africa“ finden Sie auf <http://amnesty.org/en/library>*





**ZU SPÄTE MEDIZINISCHE BETREUUNG.** Aber die meisten Mädchen und Frauen in Amsterdam, mit denen Amnesty sprach, gingen nach der 14. Schwangerschaftswoche zu einer medizinischen Schwangerenbetreuung, obwohl die Untersuchungen in öffentlichen Einrichtungen kostenlos sind. National erstellte Daten zeigen, dass beinahe 25 Prozent der Sterbefälle von Müttern durch frühe und regelmäßige Schwangerschaftskontrollen verhindert werden könnten. Das Risiko bei der Geburt ihres Kindes zu sterben, ist bei HIV-positiven Frauen und Mädchen beinahe fünfmal höher als bei Schwangeren, die nicht mit dem HIV-Virus infiziert sind.

Die Frauen und Mädchen, die Amnesty befragte, erwähnten eine Reihe von Gründen, die sie dazu brachten, einen frühen Besuch in der Schwangerenbetreuungsstation in Amsterdam abzubrechen oder abzulehnen. Einer der Gründe ist die negative Einstellung und das unfreundliche Verhalten des Pflegepersonals den Schwangeren gegenüber.

**ANGST VOR HIV-TEST UND MISSACHTUNG DER PRIVATSPHÄRE.**

Die Angst vor einem HIV-Test kann auch ein Grund sein, dass Frauen und Mädchen eine Schwangerenbetreuung erst sehr spät aufsuchen. Die Frauen haben Sorge, dass andere Menschen von ihrem HIV-Status erfahren. In südafrikanischen Gemeinden werden HIV-positive Menschen stigmatisiert. Es ist eine konstante Sorge von Frauen und Mädchen, dass sie im Fall eines positiven HIV-Status physisch und verbal misshandelt werden könnten. Besonders jene Frauen, die in Armut leben, sind von ihren Partnern, Familien und der Nachbarschaft abhängig. Ein chronischer Personalmangel in den Gesundheitszentren ist dafür verantwortlich, dass Schwestern überarbeitet und die Wartezeiten für die Schwangeren besonders lang sind.

**PROBLEM: ENTFERNUNGEN ÜBERWINDEN.** Auch der Zugang zu Gesundheitseinrichtungen kann ein großes Problem sein. Für ein großes Gebiet gibt es nur ein einziges Gesundheitszentrum in Amsterdam. Manche Menschen müs-



Zwei Schwestern im Bezirk Uthungulu, KwaZulu-Natal, vor ihrer Hütte

sen eine Entfernung von bis zu 10 km überwinden, um zum Gesundheitszentrum zu gelangen. Oftmals müssen die Frauen bei Dunkelheit den Fußmarsch antreten. Sie riskieren attackiert zu werden oder sexueller Gewalt ausgesetzt zu sein. Wenn sie Geld zur Verfügung haben, können sie ein öffentliches Transportmittel bezahlen. Für Frauen, die in Armut leben, sind diese Geldbeträge aber oft unerschwinglich. Eine Möglichkeit für weit entfernte Gebiete stellen mobile Gesundheitseinrichtungen dar. Aber Amnesty hat erfahren, dass in einigen Gebieten diese Einrichtung eingestellt wurde.

Frauen und Mädchen erhalten auch zu wenige Informationen über Familienplanung sowie über sexuelle und produktive Gesundheit und ihre Rechte. Beinahe alle Schwangerschaften von Frauen und Mädchen, mit denen Amnesty sprach, waren nicht geplant.

**WERDEN SIE AKTIV!**  
Bitte schicken Sie den Appellbrief an den zuständigen Minister bis Ende Dezember ab und verlangen Sie, die Barrieren für die Gesundheit von Frauen zu beseitigen.

## IRAN REYHANEH JABBARI HINGERICHTET

**Reyhaneh Jabbari hatte sich gegen eine Vergewaltigung durch einen Geheimdienstmann gewehrt und war nach einem Verfahren, das nicht internationalen Standards entsprach, wegen Mordes zum Tode verurteilt worden.**

Reyhaneh Jabbari, die im Iran gemäß dem Prinzip qesas (Vergeltung gleicher Art) zum Tode verurteilt worden war, ist am 25. Oktober hingerichtet worden.

Reynaeh Jabbari wurde am frühen Morgen des 25. Oktober im Raja'i-Shahr-Gefängnis in Karadsch hingerichtet. Zuvor war sie im Shahr-

e-Ray-Gefängnis festgehalten worden, wo ihr ein letzter Besuch ihrer Eltern, Großeltern und Geschwister gewährt worden war, der etwas länger als eine Stunde dauerte. Am späten Abend des 24. Oktober wurde sie dann zur Vollstreckung des Todesurteils ins Raja'i-Shahr-Gefängnis gebracht. Ihre Mutter Shohle Pakravan berichtete Amnesty International, dass die Gefängnisbehörden ihr nicht mitteilen wollten, in welches Gefängnis man ihre

mindestens einmal verschoben worden, nachdem sie im September in das Raja'i-Shahr-Gefängnis gebracht worden war, um dort hingerichtet zu werden. Shohle Pakravan rief die Behörden damals an, die diese Information bestätigten.

**OHNE RECHTSBEISTAND.** Reyhaneh Jabbari wurde 2007 wegen des Mordes an Morteza Abdolali Sarbandi, einem früheren Mitarbeiter des iranischen Geheimdienstes, festgenommen. Reyhaneh Jabbari hatte gleich nach ihrer Festnahme zugegeben, dem Mann eine Stichwunde im Rücken zugefügt zu haben, allerdings stand ihr zu dieser Zeit kein Rechtsbeistand zur Verfügung. Sie gab an, aus Notwehr gehandelt zu haben, weil Morteza Abdolali Sarbandi versucht hatte, sie sexuell zu missbrauchen. Nach ihrer Festnahme wurde Reyhaneh Jabbari zwei Monate lang in Einzelhaft im Evin-Gefängnis in Teheran festgehalten, wo sie keinen Zugang zu einem Rechtsbeistand oder ihrer Familie hatte. Reyhaneh Jabbari wurde 2009 von einem Strafgericht in Teheran gemäß qesas („Vergeltung gleicher Art“) zum Tode verurteilt. Das Todesurteil wurde im selben Jahr vom Obersten Gerichtshof bestätigt.

**KEINE BEGNADIGUNG.** Ihre Familie wurde im März 2014 darüber informiert, dass das Urteil an die Vollstreckungsbehörde in Teheran weitergeleitet wurde. Personen, die gemäß qesas verurteilt werden, können vom Religionsführer nicht begnadigt oder im Rahmen einer Amnestie freigelassen werden.

Amnesty International ist der Ansicht, dass die Verbindung von Morteza Abdolali Sarbandi mit dem Geheimdienst die Unparteilichkeit des Gerichts beeinträchtigt haben könnte.

Weitere Appelle sind nicht erforderlich. Vielen Dank allen, die versucht haben, die Hinrichtung zu verhindern.

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



Wir gedenken in Trauer an Reyhaneh Jabbari,

Tochter für die Hinrichtung bringen würde. Ihre Familie wollte an vier Gefängnissen in der Umgebung Teherans protestieren und erfuhr schließlich, dass sich Reyhaneh Jabbari im Raja'i-Shahr-Gefängnis befand.

Staatliche Medien gaben die Hinrichtung am 25. Oktober bekannt. Ihre Mutter sagte am selben Tag in einem Post auf Facebook, sie sei aufgefordert worden, den Leichnam ihrer Tochter am 25. Oktober um zehn Uhr morgens auf dem Behesht-e-Zahra-Friedhof in Teheran abzuholen. Sie schrieb: „Ich versinke in großem Kummer und Schmerz ... Ich habe meine geliebte Tochter verloren.“

Die Hinrichtung von Reynaeh Jabbari war

## SÄUREATTENTATE AUF FRAUEN IN ISFAHAN

In der iranischen Stadt Isfahan fielen mindestens acht, meist junge Frauen Säureattentaten zum Opfer. Motorradfahrer schütteten in Autos sitzenden Frauen Säure ins Gesicht. Es wird davon ausgegangen, dass die Frauen wegen nicht korrekter Verschleierung angegriffen wurden. Viele der Opfer sind schwer verletzt. Frauen sollen daher nur mehr mit geschlossenem Fenster Auto fahren.

Die Säure verschmort das Hautgewebe bis auf den Knochen. Schwerste Verbrennungen, Verätzungen, Erblindung und starke Schmerzen

sind die Folgen. Die Gesichter der Frauen werden entstellt. Die Behandlung ist schwierig. Es kommt zu Depressionen und Selbstmorden. Wegen der Säureattentate kam es am 22. Oktober 2014 zu Massenprotesten im Iran.

Nach anfänglichem Verharmlosen durch die Behörden, verurteilte Präsident Rohani die Attentate und warnte vor selbsternannten Sittenwächtern. Er warnte „Sünde nur mehr in Form von schlechter Verschleierung zu sehen und Lügen, Verleumdung und Korruption, viel schlimmere Sünden, zu ignorieren.“

Bisher kannte man Säureattentate aus Ländern wie Bangladesch, Pakistan und Afghanistan. Es bleibt zu hoffen, dass es zu keinen weiteren Säureattentaten im Iran kommen wird.

## PROTEST DER ANWÄLTIN NASRIN SOTOUDEH

Die Menschenrechtsaktivistin und Anwältin Nasrin Sotoudeh, ausgezeichnet mit dem Sacharow-Menschenrechtspreis des europäischen Parlaments, wurde im Januar 2011 unter anderem wegen Propagandavorwürfen und „Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation“ verurteilt. Die Strafe umfasste nicht nur elf Jahre Haft, sondern auch zwanzig Jahre Berufs- und Ausreiseverbot. Im September desselben Jahres wurde ihre Haftstrafe auf sechs und ihre Sperrstrafen auf zehn Jahre verringert. Anhaltende internationale Proteste führten im September 2013 zu ihrer Entlassung, die aber ohne Begründung blieb.

Nasrin Sotoudeh wurde am 18. Oktober 2014 von der Rechtsanwaltskammer mit einem dreijährigen Berufsverbot belegt. Deswegen begann sie am 21.10. einen Sitzstreik vor der Rechtsanwaltskammer. Polizei und Geheimdienste lösten den Protest von Nasrin Sotoudeh am 21. Oktober einige Stunden nach Beginn auf.

In einem Protestschreiben nannte sie dafür folgende Gründe:

1. Seit vielen Jahren aberkennt die iranische Regierung Dissident\_innen ihr Recht auf Leben, Ausbildung und Arbeit.

Ich protestiere gegen diese Aberkennung.

2. Der beklagenswerte Zustand der Rechts-

anwaltskammer veranlasste die Hardliner in der Regierung, dass gesamte Gericht ins Visier zu nehmen. Mit einem Gesetzesentwurf, der ohne Einbezug unabhängiger Jurist\_innen entstand, soll der Rechtsanwaltskammer ein Ende bereitet werden.

Ich protestiere gegen diese Maßnahmen.

3. Gerichte hindern angeklagte Dissident\_innen daran, einen Rechtsbeistand der eigenen Wahl zu bestellen. Es gab eine Zeit, wo sie den Angeklagten rieten, keine Menschenrechtsanwält\_innen zu bestellen. Teilweise wurden Namen solcher Anwält\_innen, die nicht genommen werden sollten, genannt.

Die Verletzung der Rechte der Angeklagten geht zu weit: Der Richter stellt ihnen ihre/n Verteidiger\_in erst vor Gericht vor.

In der Zwischenzeit wurden prominente Anwälte wie Abdolfattah Soltani oder Mohammad Seifzadeh zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Ich protestiere gegen diese Vorgänge.

4. Das dreijährige von der Rechtsanwaltskammer über mich verhängte Berufsverbot wurde auf Druck des Ministeriums für den Geheimdienst und der Staatsanwaltschaft ausgesprochen.

Ich protestiere gegen dieses Urteil.

## FREIHEIT FÜR GHONCHEH GHAVAMI

Ghoncheh Ghavami hatte gegen das Verbot für Frauen protestiert, Sportveranstaltungen von Männern zu besuchen und wurde verhaftet. Anfang November trat sie zum zweiten Mal in den Hungerstreik, nachdem sie erfahren hat, dass man sie zu einem Jahr Haft und einem zweijähriges Reiseverbot verurteilt hat.

Mehr Information und Appelle  
<http://frauenrechte.amnesty.at>

**Trotz jahrelanger Haft kämpft Nasrin Sotoudeh unbeirrbar weiter.**



## KONFERENZ ZU MENSCHENHANDEL

**SEXARBEITERINNEN SIND NICHT IMMER OPFER**

**Am 10. Oktober 2014 fand anlässlich des Tages der EU zur Bekämpfung des Menschenhandels eine Veranstaltung der Task Force Menschenhandel statt, bei der es auch um Prostitutionspolitik ging.**

*Von Barbara Wagner,  
Juristin und Sprecherin des  
Amnesty-Netzwerks  
Frauenrechte*

Die Task Force Menschenhandel wurde 2004 unter der Leitung des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres gegründet, um die österreichischen Maßnahmen gegen dieses Verbrechen zu koordinieren und zu intensivieren.

In der Veranstaltung ging es am Nachmittag um das Thema „At the crossroads: Untersuchung der Wechselwirkung zwischen Prostitutions- und Menschenhandelspolitik und Praxis. Ein Ländervergleich.“ Die Beiträge mehrerer Rednerinnen werden hier vorgestellt.

**Julia O'Connell Davidson**, Professorin für Soziologie an der Universität von Nottingham:

Die Bevölkerung glaubt gerne, dass die Mehrheit der Sexarbeiterinnen zur Prostitution gezwungen wird. Sie werden gerne als Opfer gesehen. Verbreitet ist das Bild des naiven Mädchens, das von zu Hause weggelockt und zur Prostitution gezwungen wird. Dass es Menschen gibt, die das als Art von Arbeit sehen, wird nicht wahrgenommen. Das ermöglicht es der Mittelschicht, zu vergessen, dass es Menschen mit sehr wenigen Alternativen gibt. Für diese ist die Prostitution eine Arbeitsmöglichkeit.

Wenn über Prostitution gesprochen wird, geht es auch oft um Schulden, die abzarbeiten sind. Julia O'Connell Davidson betonte, dass Menschen migrieren wollen. Das sei aber nicht mit dem afro-amerikanischen Sklavenhandel vergleichbar.

Sie brachte dazu das Beispiel Nigeria: Nigerianische Frauen arbeiten ihre Schulden in der Prostitution in Italien ab. Nach ein bis drei Jahren sind sie schuldenfrei. Es ist nicht so, dass sie die Situation mögen, aber diese Zeit ist Teil des Prozesses, um in die Freiheit zu gelangen. Ihre Botschaft am Schluss: Behandelt die Sexarbeiterinnen nicht als sprachlose Opfer.

**Alina Brasoveanu**, Vizepräsidentin der Group of Experts on Action against Trafficking in Human Beings (GRETA) des Europarats: GRETA überprüft, wie Staaten die Konvention

des Europarats zur Bekämpfung des Menschenhandels umsetzen, welche Maßnahmen sie setzen.

Eine wichtige Bestimmung der Konvention schreibt die Kooperation zwischen Regierung und NGOs vor. Frau Brasoveanu bedauerte, dass es sich dabei leider nicht um gleichberechtigte Partner handelt. Weiters müssen Sexarbeiterinnen laut Konvention Zugang zum Arbeitsmarkt und rechtliche Unterstützung erhalten. Ihnen muss klar kommuniziert werden, was sie zu erwarten haben, wenn sie mit der Polizei und dem Gericht kooperieren. Sie müssen wissen, was mit ihnen passiert, welche Rechte und Möglichkeiten sie haben.

Wichtig ist es, dass Täter hohe Strafen erhalten, deren Erträge beschlagnahmt werden und die Opfer gestärkt werden.

Je zwei Expert\_innen von GRETA besuchen das jeweilige Land. Generell konnte eine Verbesserung in Rechtssystemen beobachtet werden. Alle Beteiligten im geprüften Land werden zu Diskussionen an einen Tisch geholt. Teilweise war es das erste Mal, dass die Beteiligten miteinander sprachen.

Der Bericht von GRETA zu Schweden ergab Folgendes:

Regierung und Verwaltung gaben an, dass es weniger Delikte betreffend Menschenhandel seit Einführung der neuen gesetzlichen Regelung, wonach sich Freier strafbar machen, gäbe. Andere Quellen wiederum ergaben, dass die Prostitution nun illegal (undercover) erfolgt und sich Opfer deswegen nun nicht mehr an die Polizei wenden.

**Sietske Altink**, Forscherin und Mitarbeiterin der SexarbeiterInnen-Organisation Sekswerkerfoed, Amsterdam:

2000 wurde in den Niederlanden das Verbot, ein Bordell zu betreiben aufgehoben. Bordellbetreiber\_innen sollten fortan normale Arbeitgeber\_innen, Sexarbeiterinnen Angestellte und Gewerkschaftsmitglieder sein. Das Problem war, dass die Bordellbesitzer\_innen sagten, die Sexarbeiterinnen wären alle selbständig tätig.

Das Gesetz führte zu leichten Verbesserungen, da es klare Regelungen zu Arbeitszeit und -ort enthält.

Problematisch ist, dass die Prostitutionspolitik in die Zuständigkeit der Gemeinden fällt. Die jeweilige Gemeinde kann entscheiden, ob es Straßen- oder Fensterprostitution gibt. In den meisten Gemeinden benötigen Bordellbetreiber\_innen eine Lizenz. Die Gemeinden schreiben auch vor, dass in den Bordellen frische Wäsche zu verwenden ist. Das führte dazu, dass nun Sexarbeiterinnen mit Wäschekörben unterwegs sind.

Nach Einführung des neuen Gesetzes kam es zuerst zu einer dramatischen Abnahme der legalen Geschäfte. Es kam zu einer Zunahme illegaler Bordelle und der Prostitution von zu Hause aus (mittels Internetwerbung).

Seit 2008 wird nun an einem neuen Prostitutionsgesetz gearbeitet. Dabei soll ein Mindestalter eingeführt werden. Bordellbesitzer\_innen müssen feststellen, dass freiwillig gearbeitet wird. Eine Registrierung wird diskutiert.

Frau Dr. Altink meinte, dass eine solche Registrierung nicht gegen Menschenhandel hilft. Als mögliche Lösung sieht sie, dass Sexarbeiterinnen ihr eigenes Geschäft starten und selbständig arbeiten können.

**Helga Amesberger**, Forscherin am Institut für Konfliktforschung in Wien:

Prostitutionspolitik hat keinen Einfluss auf die Größe des Prostitutionsmarktes. Politik ist ineffektiv, wenn es darum geht, die Anzahl des Sexarbeiterinnen zu beeinflussen. Die Politik hat aber einen erheblichen Effekt auf die Arbeitsbedingungen.

Ab 1990 kam es in den Niederlanden, Österreich und Schweden zu einer Zunahme von immigrierten Sexarbeiterinnen. Das war jedoch nicht das Ergebnis der Prostitutionspolitik, sondern von externen Faktoren wie der generellen Zunahme von Migrationsströmen abhängig. Die Prostitutionspolitik beeinflusst die Größe des legalen und illegalen Sektors. In der illegalen Prostitution erhöht sich die Abhängigkeit

von Dritten, die Arbeitsbedingungen werden negativ beeinflusst. Die Politik ändert aber nichts an der Gesamtzahl der Prostituierten. In Folge einige Beispiele, wie die Politik die Arbeitsbedingungen beeinflusst:

So führen Lizenzierungssysteme zu einer Abnahme der Bordelle, aber zu einer Zunahme von Prostitution von zu Hause aus übers Internet.

In den Niederlanden und Österreich wurde der Straßenstrich eingeschränkt. Dadurch gab es weniger legale Arbeitsplätze auf der Straße. Die Bordellbesitzer\_innen erlangten mehr Macht bei der Verhandlung der Arbeitsbedingungen (etwa bei der Arbeitszeit und Entlohnung). In Österreich befindet sich der Straßenstrich nun außerhalb des Wohngebiets. Dieser Arbeitsplatz ist gefährlicher, schwerer zu erreichen und es fehlt die Infrastruktur (z. B.: WC, Kaffeehäuser).

In den Niederlanden gibt es kaum noch legale Plätze, wo Prostitution ausgeübt werden kann. Prostituierte werden damit erpressbarer durch korrupte Polizisten und Nachbarn.

Die Kriminalisierung der Freier in Schweden hatte keinen Effekt auf die Größe des Prostitutionsmarktes. Das liegt auch daran, dass man kaum erwischt wird und es als Kavaliersdelikt angesehen wird, wie das Zuschneffahren.

Wenn überhaupt, werden Männer mit niedrigem Einkommen erwischt, da diese zum Straßenstrich gehen.

Hervorgehoben wurde mehrfach ein Gesetz aus Neuseeland, das gemeinsam mit Sexarbeiterinnenorganisationen erarbeitet und implementiert wurde. Dort ist die Arbeitsart offen. So kann zu zweit, als Eskort, im Bordell oder auf der Straße gearbeitet werden. Mit Einführung des neuen Gesetzes verbesserte sich die Lage der Sexarbeiterinnen. Es wurde auch leichter, Kunden abzulehnen.



### BEWUSSTSEINSBILDUNG ZU MENSCHENHANDEL

Am 18. Oktober, dem EU-Tag gegen Menschenhandel informierte die Initiative „Ware Mensch“ (<http://www.ware-mensch.at>) ganztägig am Michaelerplatz über das Problem. Vertreter\_innen zahlreicher Organisationen, die mit Betroffenen von Menschenhandel arbeiten, waren anwesend, klärten auf und berichteten über ihre Arbeit und ihre Anliegen. Eine kurze Theateraufführung und Videos weckten das Interesse der Passant\_innen. Das Netzwerk Frauenrechte verteilte Infomaterial über die Arbeit von Amnesty International zu Menschenhandel.

KATAR

# MASSNAHMEN GEGEN AUSBEUTUNG VON ARBEITSMIGRANT\_INNEN „ERBÄRMLICH“

**Arbeitsmigrant\_innen auf den WM-Baustellen und im Haushaltssektor werden nach wie vorausgebeutet. Nach sechs Monaten wurden kaum Reformen umgesetzt.**

Beim Schutz von Arbeitsmigrant\_innen bleibt Katar dringende Reformen schuldig, sagt Amnesty International in einem Anfang November veröffentlichten Bericht („No extra time: How Qatar is still failing on workers' rights ahead of the world cup“). Vor sechs Monaten hatte die Regierung eine Reihe von Änderungen angekündigt, um die Ausbeutung im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2022 zu bekämpfen. Der Bericht zeigt, wie die Behörden dabei versagen, das System, welches die Ausbeutung

Amnesty International forderte die Behörden wiederholt auf, das umstrittene Sponsorengesetz abzuschaffen. Das Gesetz verpflichtet ausländische Arbeiter\_innen dazu, die Genehmigung ihres Arbeitgebers einzuholen, wenn sie diesen wechseln oder Katar verlassen möchten. Das kann dazu führen, dass ausgebeutete Arbeiter\_innen festsitzen, das Land nicht verlassen können und es fördert Zwangsarbeit. „Im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2022 versprechen die Behörden immer wieder Verbesserungen. Bei den zentralen Bereichen Sponsorensystem und Ausreisebestimmungen gehen die Reformen aber mehr als schleppend voran“, zeigt sich Patzelt enttäuscht.

**AMNESTY FORDERT.** Um das geltende Arbeitsrecht mit den Menschenrechtsverpflichtungen Katars in Einklang zu bringen, fordert Amnesty International umgehend konkrete Schritte, darunter:

- ◆ die Abschaffung der Ausreisegenehmigung;
- ◆ Todesfälle von Arbeitsmigrant\_innen unabhängig und umgehend zu untersuchen;
- ◆ die Abschaffung der hohen Gerichtsgebühren, die Arbeitsmigrant\_innen aufbringen müssen, um gerichtlich gegen ihre Arbeitgeber vorzugehen;
- ◆ die Veröffentlichung der Namen von ausbeuterischen Arbeitgeber\_innen und Arbeitsvermittler\_innen;
- ◆ Arbeitsrechtliche Gleichstellung ausländischer Hausangestellter mit anderen Arbeitnehmer\_innen.

„Dringende Maßnahmen sind gefordert. Sonst feiern wir 2022 eine Fußballweltmeisterschaft, die auf Zwangsarbeit und Ausbeutung aufgebaut ist“, so Patzelt.

Amnesty International hat im vergangenen Jahr in zwei umfangreichen Berichten die ausbeuterischen Praktiken in Katar dokumentiert, auf Großbaustellen und im Haushaltssektor. Berichtet wurde über ausständige Lohnzahlungen, harte und gefährliche Arbeitsbedingungen, heruntergekommene Unterkünfte und schockie-



**Eine indonesische Hausangestellte in Katar zeigt die Narben der Misshandlungen durch ihre Arbeitgeberin.**

ausländischer Arbeiter\_innen und Angestellten ermöglicht, wirksam zu reformieren. Nur wenige Pläne, die im Mai 2014 vorgestellt wurden, sind tatsächlich in Angriff genommen worden. „Die Zeit verrinnt, Katar hat den Zuschlag als WM-Gastgeber bereits vor vier Jahren erhalten. Bisher beschränkt sich die Regierung auf Versprechen und Gesetzesentwürfe beim Kampf gegen die verbreitete Ausbeutung der Arbeitsmigranten. Das ist erbärmlich wenig!“ kritisiert Heinz Patzelt, Generalsekretär von Amnesty International Österreich.

Möchten Sie unsere Appellaktionen gerne per E-Mail erhalten?  
Schreiben Sie bitte an [frauenrechte@amnesty.at](mailto:frauenrechte@amnesty.at)

rende Einzelheiten zu Zwangsarbeit. Im Bereich der Haushaltsangestellten wurden neben exzessiven Arbeitszeiten vor allem physische und sexuelle Gewalt festgestellt. Nach kritischen Medienberichten und dem internationalen Druck von Amnesty International und anderen Organisationen leiteten die Behörden in Katar Untersuchungen ein und kündigten im Mai

2014 Reformen an. Darunter Änderungsvorschläge zum Sponsorensystem und den Ausreisebestimmungen. Die Reformvorschläge waren für Amnesty International unzureichend und verfehlten den Kern des Problems. Bis heute sind diese eingeschränkten Reformen nicht umgesetzt.

## SÜD-KOREA ZWANGSARBEIT VON MIGRANT\_INNEN IN DER LANDWIRTSCHAFT

Unter den Arbeitskräften in der Landwirtschaft in Süd-Korea ist der Anteil der Migrant\_innen erheblich. Die Arbeitsbedingungen sind sehr schlecht und entsprechen nicht dem, was den Migrant\_innen versprochen und mit ihnen vereinbart wurde.

Amnesty International führte mit 28 Migrant\_innen an zehn verschiedenen Orten Interviews durch. Durchschnittlich wird an 28 Tagen im Monat je 10 Stunden lang gearbeitet. Das sind monatlich 50 Stunden mehr als im Dienstvertrag steht. 23 der Interviewten erhielten Überstunden nicht entgolten. Löhne werden später oder teilweise gar nicht ausbezahlt. Viele der Migrant\_innen berichteten von gesundheitlichen Problemen auf Grund ihrer Arbeit.

**ILLEGAL BESCHÄFTIGT.** Die Hälfte der Befragten war illegal beschäftigt, was sie der Gefahr der Verhaftung und Abschiebung aussetzte. Häufig war die Unterkunft schlecht und das Essen - ein Teil des Lohns - nicht ausreichend. Auch psychischer und physischer Gewalt sind die Migrant\_innen ausgesetzt. Ihnen wird mit Kündigung gedroht.

Um die Arbeit in Süd-Korea zu erhalten, verschulden sich die Arbeiter\_innen (im Gegenwert von über zwei Jahresgehältern). Daher ist es für sie wichtig, die Arbeit zu behalten, um die Schulden abzubezahlen und schließlich

Geld an ihre Familien schicken zu können.

Auch das Arbeitsrecht diskriminiert Migrant\_innen in vielfältiger Weise. Migrant\_innen können jederzeit gekündigt werden.

Für sie selbst ist eine Kündigung nicht so einfach, sie müssen sich freikaufen. Finden sie nach der Kündigung nicht binnen drei Monaten eine neue Arbeit, müssen sie ausreisen. Visa-verlängerungen sind überhaupt nur möglich, wenn die Arbeit seit Einreise in das Land nicht gewechselt wurde.

Von Seiten der Regierung und Gerichte erhalten Migrant\_innen keine Unterstützung. Daher setzt sich Amnesty International für die Rechte von Migrant\_innen in der Landwirtschaft in Süd-Korea ein.

**Ein schändliches System von Menschenhandel, Ausbeutung und Zwangsarbeit nennt Amnesty International die Regelungen für Migrant\_innen in Südkorea.**



## 25 JAHRE NETZWERK FRAUENRECHTE

**FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE**

**Bei der Gründung von Amnesty International 1961 war von geschlechtsspezifischen Menschenrechtsverletzungen noch keine Rede. Frauenrechtsgruppen trieben die Entwicklung der Bewegung voran. Aber es bleibt noch viel zu tun.**



**Die 2012 verstorbene Aktivistin für die Rechte der haitianischen Frauen in der Dominikanischen Republik, Sonia Pierre, bei einem Vortrag in Wien 2004**



**Magodhonga Mahlangu und Jenni Williams, die WOZA-Kämpferinnen für soziale Gerechtigkeit in Simbabwe, 2005 bei uns zu Gast**

Als Amnesty International 1961 als Gefangenenhilfsorganisation gegründet wurde und neun Jahre später die österreichische Sektion, war von der Arbeit zu geschlechtsspezifischen Menschenrechtsverletzungen noch keine Rede. Die Arbeit zu Frauenrechten begann in der internationalen Bewegung erst in den 80er Jahren. Eine wichtige Zäsur war die Internationale Rats-tagung 1989. (Der Internationale Rat ist das oberste Gremium von Amnesty auf internationaler Ebene, das alle zwei Jahre zusammentritt. Er legt Politik und Arbeitsweise fest.) 1989 kam es zum ersten internationalen Amnesty-Meeting zum Thema „Frauenrechte und Menschenrechte“ und zu wichtigen Entscheidungen. Es wurden interne Vernetzung, Studien zu ausgewählten Frauenrechtsverletzungen und die Entwicklung eines Aktionsprogramms beschlossen. Damit setzte Amnesty erste Schritte hin zum systematischen Untersuchen von Menschenrechtsverletzungen an Frauen. Davor gab es zum einen rund um den Internationalen Frauentag begrenzte Aktionen. Die Arbeit für verfolgte und bedrohte Frauen wurde zum anderen auch als Zielgruppenarbeit gesehen, also als taktischer Zugang, um Frauen als ehrenamtliche Aktivistinnen oder Spenderinnen zu gewinnen.

**DIE GRÜNDUNG.** Zur Gründung der AG Frauen kam es eher zufällig. Es gibt keine bewegende Gründungslegende. Eine aktive Wiener Gruppe suchte für sich neue Themen und der damalige Geschäftsführer nannte die in Österreich brachliegenden, eben auch die Arbeit zu verfolgten Frauen. Die Vorbereitungen begannen 1988, die Gründung der AG Frauen erfolgte dann 1989. An diesem Aufbau maßgebend beteiligt waren übrigens drei Gründungsväter. In den Anfangsjahren musste sich die Gruppe mit einigem Widerstand auseinandersetzen. Und er kam von vielen Richtungen innerhalb und außerhalb der Organisation. Der klassische politisch Verfolgte, von Todesstrafe oder Folter Bedrohte, der Gewissensgefangene war männ-

lich. Gesellschaftliche und politische Zusammenhänge mussten erst erkannt werden, um zu erklären, warum der Fokus bei Amnesty ursprünglich auf männliche Aktivitäten gerichtet war.

Sehr rasch war es in der AG Frauen klar, dass eines der Ziele auch die Sensibilisierung und Schulung der Mitglieder im Land und das Einbringen von Frauenrechtsinhalten in der internationalen Bewegung sein musste. Das bildete neben der klassischen Amnesty-Arbeit (das Engagement für bedrohte Frauen) auch lange Jahre einen Schwerpunkt der Tätigkeit der AG Frauen und der Frauenrechtsgruppen innerhalb der Organisation überhaupt. Der Begriff Menschenrechte erhielt durch sie zusätzliche, neue Inhalte.

**FRAUEN ENDLICH ALS AKTEURINNEN WAHRGENOMMEN.**

Die Amnesty-Arbeit zu Frauenrechten entwickelte sich kontinuierlich. 1991 erschien „Frauen im Blickpunkt – zwischen Auflehnung und politischer Verfolgung“. Mit diesem Buch legte Amnesty zum ersten Mal eine umfangreiche und detaillierte Dokumentation zu Menschenrechtsverletzungen an Frauen vor. Darin wurde auch betont, dass Frauen nicht nur Opfer sind, sondern sich gegen staatliche Repression wehren und gesellschaftlich aktiv sind.

Entscheidend für die Frauenrechtsarbeit und die folgende Kampagne war Mitte der 90er Jahre die Festlegung der Amnesty-Position, dass häusliche Gewalt nicht privat ist, sondern der Staat die Verantwortung hat, seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

Jedes neu aufgeworfene Thema brachte Lernprozesse und intensive Diskussionen für die Gruppe. Aufbruchstimmung kennzeichnete diese Jahre, und die junge AG Frauen arbeitete zu einem vielfältigen Spektrum von Frauenrechtsthemen und zu Anti-Diskriminierung.

Mitglieder fuhren zu den internationalen Treffen von Amnesty-Frauenrechtsaktivist\_innen. Bei der Menschenrechtskonferenz 1993 in Wien organisierte die Gruppe Treffen mit



Amnesty-Kolleginnen und den Vertreterinnen der dort anwesenden internationalen Frauenorganisationen und nahm an einer Länderdelegation teil. Ein Gruppenmitglied war sogar im Amnesty-Team bei der Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking.

Ein Anliegen der Gruppe war von Anfang an, Appellbriefe – die klassische Amnesty-Technik – für verfolgte Frauen zu organisieren. Von den in der Hauptbücherei damals handschriftlich aus Adressbüchern von Frauenorganisationen gesammelten 40 Adressen, wurden sehr rasch 100. Heute gibt es diese Appellbriefaktion als die Zeitschrift AKTIVISTIN, die inzwischen an ca. 1.400 Adressat\_innen verschickt wird und der auflagenstärkste Rundbrief einer ehrenamtlichen Amnesty-Gruppe in Österreich ist. Inzwischen ist das Netzwerk Frauenrechte natürlich in den Social Media – Facebook und Twitter sehr aktiv.

**BERÜHRENDE BEGEGNUNGEN.** Unvergesslich sind immer wieder die Begegnungen mit Menschenrechtsaktivistinnen aus zahlreichen Ländern, wie das Zusammentreffen mit den „Müttern von der Plaza de Mayo“ aus Argentinien und den Vertreterinnen der Witwenkoordinationsstelle aus Guatemala. Die AG Frauen hatte sie im Rahmen der Kampagne „Verschwindenlassen und politischer Mord“ 1994 nach Wien eingeladen. Ähnlich beeindruckend die Begegnungen mit der mittlerweile leider verstorbenen dominikanischen Frauenrechtsaktivistin Sonia Pierre, mit den WOZA-Frauen, Menschenrechtsverteidigerinnen aus Simbabwe, 2005 oder mit der iranischen Anwältin und Autorin Mehrangiz Kar 2009, mit der ebenfalls aus dem Iran geflohenen Frauenrechtsverteidigerin Mansoureh Shojaei 2011, mit der russischen Menschenrechtsaktivistin Irina Sherbakova 2014.

Es ist wohl die größte Motivation für ehrenamtliches Engagement, von bedrohten Menschen zu hören: „Ohne Amnesty wäre ich nicht mehr am Leben.“

Auf internationaler Ebene wurde die Organisati-

on – Amnesty hat beratenden Status bei der UNO – zunehmend aktiv im Lobbying für das Zustandekommen von wichtigen, die Frauenrechte betreffenden Abkommen und Dokumenten – vom Fakultativprotokoll zur Frauenrechtskonvention über den Internationalen Strafgerichtshof, das UN-Protokoll gegen Menschenhandel, die UN-Sicherheitsratsresolutionen, die sich auf Frauen in bewaffneten Konflikten beziehen, bis zum Afrikanischen Frauenrechtsprotokoll, zur Istanbulkonvention gegen Gewalt an Frauen etc.

Amnesty-Frauengruppen sind immer wieder daran beteiligt, dass die Bewegung ihre Aktivitäten und Themen erweitert. So beschloss die Internationale Ratstagung 2001 eine Ausweitung der Menschenrechtsarbeit auf den Einsatz auch für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. 2005 und 2007 kamen durch das Engagement der Frauenrechtsgruppen zukunftsweisende Beschlüsse zur Arbeit zu den sexuellen und reproduktiven Rechten zustande, die heuer und 2015 in einer großen Kampagne wieder verstärkt ein Thema sind. Kontinuierlich ist Amnesty der Schutz von Frauenrechtsaktivistinnen ein Anliegen. Das Netzwerk Frauenrechte setzt sich seit Jahren besonders für Frauen im Iran ein.

**EIN WEITER WEG.** Einen gewaltigen Schritt für die Bewusstseinsbildung innerhalb der Bewegung brachte die weltweite Kampagne gegen Gewalt an Frauen von 2004 bis 2010. Dazu wurden zahlreiche Länderberichte über häusliche Gewalt, Gewalt in bewaffneten Konflikten, gegen Menschenrechtsverteidigerinnen veröffentlicht und beachtliche Erfolge erzielt. Regionale Frauen-NGOs finden bei ihren Regierungen wesentlich leichter Gehör, wenn eine weltweite Menschenrechtsorganisation hinter ihnen steht. Amnesty International hat einen weiten Weg von der Gefangenenhilfsorganisation zu einer umfassenden Menschenrechtsbewegung hinter sich. Das ist sicher mit ein Verdienst engagierter Frauenrechtsgruppen weltweit.



z Kar

**Mehrangiz Kar, iranische Menschenrechtsanwältin im Exil bei der Festveranstaltung anlässlich 20 Jahre NW Frauenrechte 2009**



**Die iranische Frauenrechtsaktivistin Mansoureh Shojaei 2011 beim Gedenkstein für die Menschen/Frauenrechte im Iran im Wiener Donaupark**

## SAUDI-ARABIEN

**FRAUENRECHTSAKTIVISTIN INHAFTIERT**

**Souad al-Shammari, eine bekannte saudi-arabische Frauenrechtlerin, die sich besonders gegen die männliche Bevormundung von Frauen einsetzt, wird seit Jahren schikaniert – mit Berufs- und Reiseverbot und Anzeigen.**

In Saudi-Arabien ist die Frauenrechtlerin Souad al-Shammari am 28. Oktober nach einem Verhör inhaftiert worden. Amnesty International betrachtet sie als gewaltlose politische Gefangene.

Souad al-Shammari, eine bekannte saudi-arabische Frauenrechtlerin, wurde am 28. Oktober nach einer vierstündigen Vernehmung in der Untersuchungs- und Strafverfolgungsbehörde in Jeddah inhaftiert. Nach dem Verhör teilte ihr der Generalstaatsanwalt mit, dass sie inhaftiert bleibe, um sie erneut zu vernehmen. Daraufhin wurde sie in den Frauentrakt des Briman-Gefängnisses in Jeddah gebracht, wo sie nach wie vor festgehalten wird.

**WEGEN TWITTER-NACHRICHT FESTGENOMMEN.**

Amnesty International vorliegenden Informationen zufolge wurde Souad al-Shammari wegen zweier Twiternachrichten verhört, die sie vor über einem Jahr verfasst hatte. Offenbar werfen ihr die saudi-arabischen Behörden jetzt vor, mit diesen Tweets saudi-arabische Frauen dazu anzustiften, gegen das System der Vormundschaft zu rebellieren und religiöse Texte sowie religiöse Autoritäten zu verspotten. Souad al-Shammari ist Mutter von sechs Kindern und arbeitete als Schuldirektorin in Jeddah,

bis sie 2011 gezwungen wurde, in Pension zu gehen. Dies geschah Berichten zufolge aufgrund ihres Aktivismus. Seitdem werden ihr Pensions- und Ruhestandsleistungen verweigert. Im Februar 2013 brachten Geistliche sie vor Gericht und warfen ihr vor, sie habe den Islam beleidigt. Im März 2013 erhielt sie ein Reiseverbot.

Die Frauenrechtlerin Souad al-Shammari wurde vor allem wegen ihres Widerstands gegen das in Saudi-Arabien geltende System der Vormundschaft bekannt, das Frauen ihrem männlichen Vormund unterordnet, welcher in einigen Belangen der Frau Entscheidungsgewalt hat.

Des Weiteren nahm sie an Kampagnen gegen das Fahrverbot von Frauen in Saudi-Arabien teil und ist die Vorsitzende des Netzwerks „Saudi-arabische Liberale“. Einer der Gründer dieses Netzwerks ist Raif Badawi, der im September wegen seines Online-Aktivismus unter anderem zu zehn Jahren Haft und 1000 Peitschenhieben verurteilt wurde.

Die Festnahme Souad al-Shammari ist ein Beispiel für für das gegenwärtige harte Vorgehen der Behörden gegen zivilgesellschaftlich engagierte Personen und besonders Menschenrechtsaktivist\_innen.

**WERDEN SIE AKTIV!**  
Bitte schicken Sie den Appellbrief an den König bis 18. Dezember ab und verlangen Sie die sofortige Freilassung von Souad al-Shammari.

**ARBEITSMIGRANTIN WIEDER FREI**

Die philippinische Hausangestellte Ruth Cosrojas Gonzales ist am 29. September aus einem saudi-arabischen Gefängnis entlassen worden. Sie wurde am folgenden Tag auf die Philippinen ausgeflogen.

Ruth Cosrojas Gonzales wurde am 29. September aus dem Gefängnis al-Malaz in der saudi-arabischen Hauptstadt Riad zum Flughafen gebracht. Am Morgen des 30. September flog sie auf die Philippinen zurück.

Die 31-jährige Mutter von drei Kindern war im Oktober 2013 in einem unfairen Gerichtsverfahren zu 300 Peitschenhieben und 18 Monaten Haft verurteilt worden. Man hatte sie für schuldig befunden, den Verkauf von Sex organisiert zu haben (quwada). Das Gerichtsverfahren fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, und sie hatte keinen Zugang zu einem angemessenen Rechtsbeistand.

Laut einer Quelle, der Details des Falls bekannt sind, verließ sich die Richterin auf einen Polizeibericht, in dem behauptet wurde, man habe Ruth Cosrojas Gonzales auf frischer Tat ertappt. Ruth Cosrojas Gonzales bestreitet nach wie vor alle Anklagen. Sie erklärte, dass sie selbst und drei Freundinnen im August 2013 von einem Philippiner an die Religionspolizei Mutawa'een übergeben worden seien. Dieser habe den Frauen zuvor Putzjobs angeboten, sie aber dann zur Polizei gebracht und ihnen vorgeworfen, Sexarbeiterinnen zu sein.

Ruth Cosrojas Gonzales hat 13 Monate der gegen sie verhängten Haftstrafe verbüßt und nach Angaben einer Freundin mindestens 150 der 300 Peitschenhiebe erhalten, zu denen sie verurteilt wurde.

Amnesty International hatte sich mit einer Eilaktion für ihre Freilassung eingesetzt.

Presidente Sánchez Cerén  
 Alameda Doctor Manuel Enrique Araujo No 5500  
 San Salvador, El Salvador

## DAS ABSOLUTE VERBOT VON SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH MUSS AUFGEHOBEN WERDEN!

Sehr geehrter Herr Präsident Sánchez Cerén!

Ich fordere Sie auf,

- ◆ Gesetze, mit denen Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe gestellt werden, aufzuheben.
- ◆ Alle Frauen und Mädchen, die sich wegen der Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs oder dem Erleiden einer Fehlgeburt in Haft befinden, freizulassen.
- ◆ Allen Frauen und Mädchen den Zugang zu fachgerechten und legalen Schwangerschaftsabbrüchen zu ermöglichen, wenn durch die Schwangerschaft das Leben der Frau gefährdet ist, der Fötus nicht lebensfähig ist oder wenn die Schwangerschaft Folge einer Vergewaltigung oder von Inzest ist.
- ◆ Zugang zu Informationen über moderne Verhütungsmethoden und eine umfassende sexuelle Aufklärung zu ermöglichen.

Hochachtungsvoll,

Senden Sie mir bitte kostenlos und unverbindlich Informationen zur Frauenrechtsarbeit von Amnesty International

Bitte ankreuzen, wenn erwünscht!



Name	Adresse	E-Mail	Unterschrift
			<input type="checkbox"/>
			<input type="checkbox"/>
			<input type="checkbox"/>
			<input type="checkbox"/>
			<input type="checkbox"/>
			<input type="checkbox"/>
			<input type="checkbox"/>

Amnesty International Österreich  
Netzwerk Frauenrechte  
Moeringgasse 10  
1150 Wien

**Bitte sammeln Sie Unterschriften für eine Änderung des absoluten Verbots von Schwangerschaftsabbruch in El Salvador und schicken Sie die unterschriebenen Listen bis 15. Dezember an uns.**

**Vielen Dank!**

President Abdel Fattah al-Sisi  
Office of the President  
Al Ittihadia Palace  
Cairo  
Ägypten

Fax: +202 2 391 1441

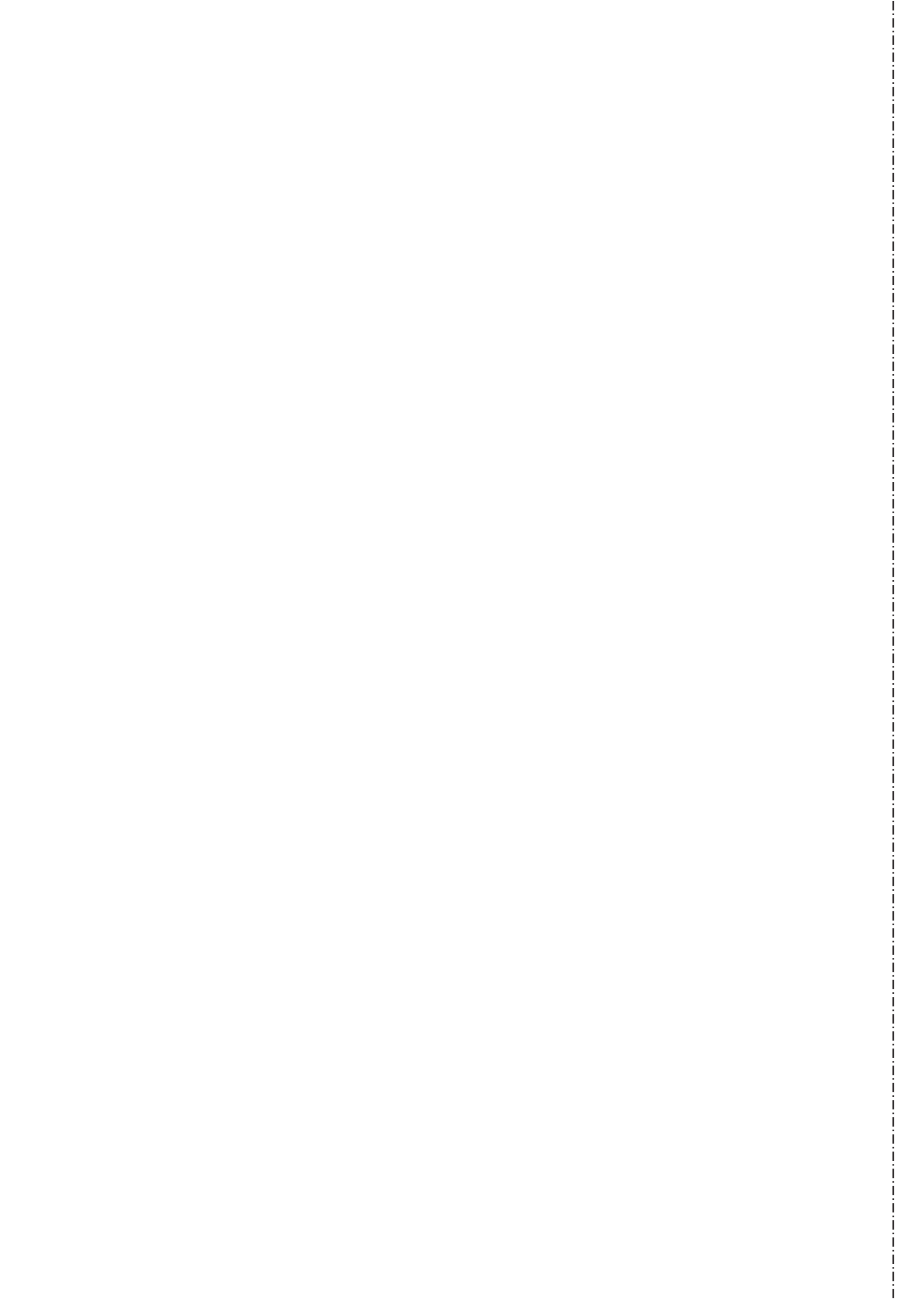
Your Excellency,

I urge you to take steps to end violence and discrimination against women in Egypt once and for all.

I call on you to:

- Amend the law to ensure that all provisions on violence against women and girls, including marital rape and other forms of domestic violence, are in line with international human rights standards. Clear instructions must be given to law enforcement and judicial officials to diligently investigate violence and harassment against women and girls.
- End the judicial harassment of women human rights defenders for peacefully exercising their human rights.
- In consultation with experts including women's and human rights defenders, lawyers, doctors, psychologists, and educators; devise and implement a strategy to stamp out all forms of violence against women, including a public awareness raising campaign to combat discrimination, sexual and gender-based violence and gender stereotyping.
- Repeal all legislation and end practices that discriminate on the grounds of sex or gender and especially amend discriminatory provisions in all personal status laws, in line with Egypt's obligations under the Convention to Eliminate All Forms of Discrimination against Women.

Sincerely,



Mr Gillion Mashego, MEC for Health  
Mpumalanga Province  
No. 7 Government Boulevard  
Building No. 3, Riverside Park  
Extension 2  
Nelspruit 1200  
Südafrika

Fax +27 13 766 3475

Dear Minister,

I am concerned about several barriers that prevent women and girls from accessing early and ongoing ante-natal care in Mkhondo Local Municipality.

I urge you to take immediate measures to remove all barriers that women and girls in Mkhondo Local Municipality face in accessing ante-natal care and emergency health services, including by purchasing an obstetric ambulance for the Municipality and reinstating the mobile clinic programme in all communities in Mkhondo Local Municipality.

I call on you to prioritise providing additional training for healthcare workers, including in Mkhondo Local Municipality, on patient rights and how to provide professional, non-discriminatory services, particularly to adolescents.

Yours sincerely,





King Abdullah bin Abdul Aziz Al Saud  
The Custodian of the two Holy Mosques  
Office of His Majesty the King  
Royal Court, Riyadh  
SAUDI-ARABIEN

Fax: (00 966) 11 403 3125

Your Majesty,

I am concerned that Souad al-Shammari has been detained solely for peacefully exercising her right to freedom of expression and association, and asking that she be released immediately and unconditionally.

I urge the authorities, pending her release, to ensure that she is given regular access to her family and a lawyer of her choice.

Sincerely,

Majestät!

Ich bin in großer Sorge, dass Souad al-Shammari nur deshalb festgenommen wurde, weil sie friedlich von ihren Rechten auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit Gebrauch gemacht hat. Ich möchte Sie daher inständig bitten, dass Souad al-Shammari unverzüglich und bedingungslos freigelassen wird.

Stellen Sie bitte sicher, dass ihr bis zu ihrer Freilassung Zugang zu ihrer Familie und einem Rechtsbeistand ihrer Wahl gewährt wird.

Hochachtungsvoll,

## GOOD NEWS

## FRIEDENSNOBELPREIS FÜR MALALA YOUSAFZAI

Der indische Kinderrechtsaktivist Kailash Satyarthi und die pakistanische Schülerin Malala Yousafzai erhalten für ihren Kampf gegen die Unterdrückung von Kindern und jungen Menschen und für das Recht aller Kinder auf Bildung gemeinsam den Friedensnobelpreis 2014.

Amnesty-Generalsekretär Salil Shetty würdigt das Engagement der beiden: „Die Arbeit von Kailash Satyarthi und Malala Yousafzai steht für den Kampf von Millionen Kindern auf der Welt um ihr Recht, zur Schule zu gehen. Er belohnt



das unermüdliche Engagement von mutigen Menschen, die sich voll und ganz dem Kampf für die Bildung und die Rechte der verletzlichsten Kinder auf dieser Welt einsetzen.»

Malala Yousafzai hat Menschen auf der ganzen Welt, allen voran Frauen und Mädchen, mit ihrem Beispiel ermutigt. Ihre Unerschrockenheit im Kampf um ihre Rechte ist zum Symbol dafür geworden, was es bedeutet, allen Gegnern zum Trotz für die eigenen Rechte einzustehen. Angefangen beim simplen Recht auf Schulbildung.

Kailash Satyarthi hat sein Leben der Hilfe für Millionen von Kindern gewidmet, die in Indien zu Sklaven gemacht werden und unter schwierigsten Bedingungen arbeiten müssen. Die Auszeichnung, die er nun erhält, bedeutet auch eine Anerkennung für die Kampagnenarbeit, die Aktivistinnen und Aktivisten der Zivilgesellschaft seit Jahrzehnten gegen Menschenhandel und insbesondere Kinderhandel in Indien führen.

Malala: Amnesty-Award 2013

Malala Yousafzai war am 17. September 2013

bereits mit dem von Amnesty International verliehenen Preis einer „Botschafterin des Gewissens“ ausgezeichnet worden.

**BAHRAIN: AKTIVISTIN ZAINAB AL-KHAWAJA FREI**

Die bahrainische Aktivistin Zainab Al-Khawaja ist am 19. November aus der Haft entlassen worden. Sie hatte einen Monat im Gefängnis verbracht, nachdem sie während ihres Gerichtsprozesses ein Bild des Königs zerrissen hatte. Das Urteil dieses Verfahrens wird für den 4. Dezember erwartet. Die Urteile in drei weiteren Prozessen gegen sie sollen am 9. Dezember verkündet werden.

Zainab Al-Khawaja wurde am 19. November auf Grundlage einer gerichtlichen Anordnung auf freien Fuß gesetzt. Die schwangere Aktivistin, die am 3. Dezember ihr Kind durch einen Kaiserschnitt zur Welt bringen soll, war zu einer ärztlichen Untersuchung gebracht worden und verließ gerade die Praxis, als man ihr mitteilte, sie werde freigelassen. Zainab Al-Khawaja war am 14. Oktober festgenommen worden, weil sie während ihres Prozesses in zwei voneinander unabhängigen Fällen in einem bahrainischen Berufungsgericht in der Hauptstadt Manama ein Foto des Königs zerrissen hatte.

Amnesty International wird den Fall weiter verfolgen. Vielen Dank allen, die Appelle geschrieben haben!

**TSCHECHIEN: VERFAHREN GEGEN DISKRIMINIERENDE EINSCHULUNGSPRAXIS VON ROMA**

Vor anderthalb Jahren forderte Amnesty International die Europäische Kommission dazu auf, gegen Mitgliedsländer, die gegen das Nicht-Diskriminierungsgesetz verstoßen, vorzugehen. Am 25. September 2014 leitete diese ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Tschechien ein.

Aus einer Studie des tschechischen Schulinspektorates von 2013 geht hervor, dass Romakinder überdurchschnittlich oft in Sonderschulen für Kinder mit einer leichten geistigen Behinderung eingeschult werden. Obwohl sie nur knapp drei Prozent der Bevölkerung ausmachen, stammen 30 Prozent der Kinder in Sonderschulen aus Roma-Familien. 2012 erklärte die tschechische Ombudsperson diese Praxis für diskriminierend.



AMNESTY INTERNATIONAL

# BRIEFMARATHON 2014

3. – 17. DEZEMBER

Der diesjährige Amnesty Briefmarathon steht inhaltlich im Zeichen unseres Kampfs gegen Folter und wird vom 3. bis 17. Dezember 2014 stattfinden - am 10. Dezember ist der Internationale Tag der Menschenrechte. In diesen Tagen schreiben Tausende Amnesty-Unterstützer\_innen Briefe an die politisch Verantwortlichen und verlangen Freiheit für gewaltlose politische Gefangene und Gerechtigkeit für Opfer von Menschenrechtsverletzungen.

Das war der Briefmarathon 2013: Mehr als 36.800 Briefe, Fax, E-Mails, Online-Appelle und Petitionslisten wurden von Österreich aus verschickt. Etwa 21.000 Personen haben sich beteiligt, darunter mehr als 140 Schulklassen und über 2.200 Schüler\_innen. Diese beeindruckenden Ergebnisse konnten wir beim Briefmarathon 2013 in Österreich erzielen. Weltweit wurden über 2,3 Millionen Appelle versendet! Unser Einsatz zeigt Wirkung! Die größten Erfolge 2013: Die kambodschanische Aktivistin gegen Zwangsraumungen, Yorm Bopha,



wurde Ende November 2013 aufgrund des großen internationalen Drucks gegen Kautionsfreilassung. Sie bedankt sich für

wir beim Briefmarathon 2013 in Österreich erzielen. Weltweit wurden über 2,3 Millionen Appelle versendet! Unser Einsatz zeigt Wirkung! Die größten Erfolge 2013: Die kambodschanische Aktivistin gegen Zwangsraumungen, Yorm Bopha,

## IHRE STIMME ZÄHLT! GEMEINSAM VERÄNDERN WIR DIE WELT

die Unterstützung: „Danke an alle Amnesty International Unterstützer\_innen! Eure Kampagne hatte großen Erfolg, wie meine Freilassung zeigt! Aber mein Fall ist noch nicht vorbei. Bitte übt weiterhin Druck auf die kambodschanische Regierung aus, das Verfahren gegen mich einzustellen. Und bitte unterstützt mich, meine Nachbarschaftsgemeinde und andere in Kambodscha auch in Zukunft! Wenn wir alle zusammenhalten, sind wir am erfolgreichsten!“

**Mikhail Kosenko**, Russische Föderation. Am 11. Juni 2014 hat ein Gericht in Checkov (Region Moskau) dem Antrag der Psychiatrie stattgegeben, Mikhail Kosenko nicht länger im Spital zu behandeln und entschieden, ihn freizulassen.

**Vladimir Akimenkov**, Russische Föderation, ist im Rahmen der landesweiten Amnestie am 19. Dezember 2013 aus der Haft entlassen worden.

Ihre Briefe können Gewissensgefangenen die Freiheit bringen. Sie verlangen Gerechtigkeit für Betroffene von Folter und bringen Hoffnung für MenschenrechtsverteidigerInnen in Gefahr.

**Wo und wie Sie mitmachen können, erfahren Sie auf  
[www.amnesty.at](http://www.amnesty.at)**

**„Es ist, als ob du hinfällst, und jemand sagt: Steh auf! Diese Briefe ließen uns aufstehen.“**

**Pablo Pacheco Ávila, ehemaliger Gewissensgefangener aus Kuba**

## 16 TAGE GEGEN GEWALT AN FRAUEN: 25. NOVEMBER BIS 10. DEZEMBER

Am 25. November starteten die 16 Tage gegen Gewalt an Frauen.

Im Kampagnenzeitraum zwischen dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen und dem Internationalen Tag für Menschenrechte finden auf der ganzen Welt Aktionen statt.

16 Tage gegen Gewalt an Frauen ist eine internationale Kampagne, die jedes Jahr von 25. November bis 10. Dezember stattfindet. Auf der ganzen Welt nutzen Fraueninitiativen den Zeitraum vom Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen (25. November) bis zum Internationalen Tag der Menschenrechte (10. Dezember), um auf das Recht auf ein ge-

waltfreies Leben aufmerksam zu machen. Österreich nimmt seit 1992 an der Kampagne teil.

Der 25. November erinnert als Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen an die Ermordung



der Schwestern Mirabal. Patria, Minerva und Maria Teresa Mirabal wurden an diesem Tag im Jahr 1960 nach monatelanger Verfolgung und Folter vom dominikanischen Geheimdienst brutal ermordet. Seit 1999 ist der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen von den Vereinten Nationen anerkannt. Der 10. Dezember ist seit 1948 der „Internationale Tag für Menschenrechte“ und bildet den Abschluss der Kampagne.

**Veranstaltungen im Rahmen der 16 Tage finden Sie auf der Website des Vereins Autonome Österreichische Frauenhäuser:  
<http://www.aofef.at/>**